

Symposium in Bern zur Arzneimittel-Versorgung

Werden die Medikamente knapp?

■ **Alle wollen den Patienten helfen: Ärzte, Pharmafirmen, Krankenkassen. Beim Veröffentlichlichen der Daten klemmen sie aber alle.**

Die Patientin litt an einer schweren Mundschleimhaut-Entzündung, musste deshalb wochenlang per Infusion ernährt werden und brauchte Schmerzmittel. Dabei waren die Nebenwirkungen von Doxorubicin zur Behandlung ihrer akuten myeloischen Leukämie völlig unnötig. Doch das verträglichere Daunorubicin war ausgegangen.



Foto: Florian Fisch

„Eine typische Geschichte“, betonte Dieter Conen, pensionierter Arzt für innere Medizin und zugleich Präsident der Stiftung Patientensicherheit am Symposium zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Bern.

Weltweites Problem

Das Versorgungsproblem existiert weltweit. Schlagzeilen wie „Zustände wie früher im Ostblock“ in der Online-Ausgabe der Schweizer Boulevardblätter *Blick* brachten die Köpfe des eidgenössischen Gesundheitssystems zu dem von RS Medical Consult organisierten Symposium Ende August in Bern. Die Krebsforschung Schweiz und die Krebsliga Schweiz hatten eingeladen – und Ärzte, Krankenversicherer, Politiker sowie Vertreter der Pharmaindustrie, Verwaltung und Patienten waren angetreten, um Gegenmaßnahmen zu diskutieren.

Enea Martinelli, Apotheker der Spitäler von Frutigen, Meiringen und Interlaken, widersprach den Politikern energisch, die ein reines Medienphänomen vermuteten: „Die Versorgungsprobleme sind schon seit vielen Jahren bekannt, aber in diesem Frühjahr sind sie eskaliert.“ Martinelli konnte bisweilen die Versorgung mit Cis-platin, Heparin und Tetanusimpfstoff nicht mehr garantieren. Der Pharmazeut und auch anwesende Beamte forderten deshalb ein Frühwarnsystem, das die Pharmafirmen verpflichtet, mögliche Engpässe zu melden.

Andreas Bossard, Generaldirektor der Generikafirma Mepha (Teva), war davon weniger begeistert. Er wies darauf hin, dass Versorgungssicherheit bezahlt werden

entsprechende Verordnung über die Krankenversicherung existiert zwar, aber ihre Umsetzung ist willkürlich. Drei beinahe identische Vorschläge wurden präsentiert, wonach die Vertrauensärzte der Krankenkassen die Vergütung entsprechend dem erwarteten Nutzen und der Stärke der Evidenz bestimmen. Die Verantwortung für die Sicherheit der Patienten liegt beim Arzt, der diese informieren muss.

Behandlungsregister unumgänglich?

Stephan Schmitz, Vorsitzender des Berufsverbandes der Onkologen in Köln, lobte die „transparente und ausgewogene Preisfestsetzung“ durch den Gemeinsamen

In Bern diskutierten unter anderem: Moderator Thomas Cerny (links) mit Apotheker Enea Martinelli (3. v. l.), Patientensicherheits-Obmann Dieter Conen (7. v. l.) und Industrievertreter Andreas Bossard (8. v. l.).

müsse. Tiefe Preise und große Konkurrenz stünden großen Lagerbeständen im Weg.

Jacques-Henri Weidmann, Direktor für Marktzugang von Sanofi-Aventis Schweiz, beklagte sich über die intransparente und langwierige Preisfestsetzung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Postwendend konterten die Vertreter des BAG und der Zulassungsbehörde Swissmedic: Durch das Amtsgeheimnis dürfe Swissmedic die Studiendaten nur mit ausdrücklicher Zustimmung der betroffenen Firma an das BAG weiterreichen. „Es kommt vor, dass Firmen diese verweigern“, so Jürg Schnetzer, der Direktor von Swissmedic. Ein Vorwurf, den Weidmann wiederum entkräften konnte.

Immer häufiger werden zugelassene Medikamente ausserhalb ihrer Indikationen oder mit anderer Therapieformen verschrieben (off-label-use). Eine legale Praxis, welche den Patienten aber nicht von allen Krankenkassen vergütet wird. Die

Bundesausschuss (GBA) von Ärzten und Krankenversicherern in Deutschland. Er bemängelte aber: „Danach ist es dem System egal, ob das neue Medikament optimal eingesetzt wird.“ Schmitz plädierte deshalb für die Einführung von Behandlungsregistern, um die Anwendung zu verbessern.

Dem pflichtete auch der Präsident der Stiftung für Patientensicherheit Dieter Conen bei: „Die Modelle der Krankenkassen sind gut, aber es braucht das Register.“ Peter Krähenbühl, stellvertretender Leiter der Sektion Marktkontrolle beim BAG gab sich neutraler: „Es scheint, dass Register praktikabel sind“, während Andreas Roos, Geschäftsleitungs-Mitglied der Krankenkasse Sanitas davon nicht überzeugt war: „Ich habe kein Register gesehen, das ich empfehlen könnte.“ – Ob Frühwarnsystem, Datenaustausch oder Behandlungsregister: Transparenz wird auch in Zukunft nicht allen gefallen. **FLORIAN FISCH**